

HELMUT SCHOLZ

„DIE ZUKUNFT IN DEINEN HÄNDEN“

DIE KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS (#COFOE) BEGINNT



EINE GRUNDLEGENDE NEUAUSRICHTUNG DER
EUROPÄISCHEN INTEGRATION BRAUCHT AKTIVE
EINMISCHUNG UND DAS MITWIRKEN JEDER UND
JEDES EINZELNEN. CARPE DIEM. JETZT.

Vor kurzem nahm die erste Plenarkonferenz der Konferenz zur Zukunft Europas mit der ersten, konstituierenden Beratung nun die inhaltliche Arbeit auf. 450 Vertreter*innen aller im Lissaboner Vertrag ausgewiesenen institutionellen Akteure kamen am 18. und 19. Juni 2021, durch Corona bedingt im Hybrid-Verfahren in Straßburg zusammen, um die Strukturierung eines herausfordernden wie zugleich komplexen Arbeitsprozesses vorzunehmen.

Am Europatag 2021 wurde nach einem Jahr Verzögerung diese Konferenz über die Zukunft Europas, kurz CoFoE [www.futureu.europa.eu], in Straßburg eröffnet. Ursula von der Leyen hatte bei ihrem ersten Auftritt im Europäischen Parlament im Sommer 2019, gleich nach den Europawahlen, den neu gewählten Abgeordneten eine große Zukunftsdebatte „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“ versprochen. Und mit einer solchen Konferenz Politik, Zivilgesellschaft und Bürger*innen zusammenzubringen, um den Integrationsprozess zu überdenken und Reformen bis hin zu Vertragsveränderungen nicht auszuschließen.

Sie warb mit diesem Wechsel auf die Zukunft und einer öffentlich zu führenden, gründlichen und offenen Debatte unter aktiver Einbeziehung der Menschen in den 27 Mitgliedstaaten um Zustimmung für die neue EU-Kommission. Ein großes Versprechen. Denn diese EU-Kommission wurde mal wieder hinter verschlossenen Türen durch die Regierungsoberhäupter der 27 Mitgliedstaaten ausgedeutet. Das Votum der Bürger*innen wurde beiseitegeschoben, obwohl sie das EU-Parlament in dem Glauben wirklicher Entscheidungsmöglichkeit zwischen den durch die Fraktionen aufgestellten Spitzenkandidat*innen gewählt haben. Zweifellos ein weiterer Schlag für Vertrauen in die Politik und Demokratie in der EU.

Das Europäische Parlament nahm die Botschaft positiv auf und machte sich, als die durch die Bürger*innen direkt gewählte EU-Institution, das gleichberechtigte Mitwirken an der Konferenz zu eigen und setzte sich an die Spitze eines intensiven Vorbereitungsprozesses.

VOM ICH DER EINZELNEN MITGLIEDSTAATEN ZUM WIR

Das ursprünglich auf zwei Jahre angelegte Projekt geriet aber wie so vieles in die Zeit der Pandemie und den Corona bedingten ersten großen Lockdown. Die Menschen erwarteten zu Recht schnelles und entschlossenes EU-Handeln zur Bekämpfung der Pandemie – aber das Zurück vom Ich der einzelnen Mitgliedstaaten zum Wir eines gemeinsamen Agierens dauerte quälend lang. Keine gute Ausgangsposition für einen Start in die EU-weite Debatte, zugleich aber auch Verdeutlichung der Dringlichkeit einer tiefeschürfenden Verständigung über das „Wie weiter“ in der EU. Zudem war die ursprünglich vorgesehene Struktur mit einer Vielzahl von großen Präsenzveranstaltungen angesichts der Pandemie so nicht mehr realisierbar. Offen zu Tage traten die sehr unterschiedlichen und konträren Auffassungen über Anliegen, Ziele und Format der Konferenz zwischen den drei EU-Institutionen, und damit innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten. Der Starttermin wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Vielleicht war diese Verzögerung jedoch hilfreich, die unterschiedlichen Ausgangspunkte und Zielvorstellungen von Rat, Kommission und Parlament sichtbar werden zu lassen, das Konferenzprofil in der Vorbereitungsphase zu schärfen und Klärungsprozesse in Gang zu setzen. Das Engagement dafür war ungleich gewichtet: weder die kroatische noch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vermochte es oder wollte entgegen ihrer Beteuerungen in den Halbjahres-Präsidentschaftsprogrammen die Verständigung zur Konferenz vorantreiben. Aber viele (pan-)europäische Netzwerke, NGOs und Gewerkschaften, aber auch der Ausschuss der Regionen (AdR) und der Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hatten begonnen, sich intensiv mit den Konferenzzielen und Aufgaben auseinanderzusetzen und ihre Erwartungen und Positionen zu umreißen. Übereinstimmend formulierten sie alle: Die Zukunftsdebatte dürfe keine bloße Wiederholung folgenloser Bürger*innen-Konsultationen bleiben. Vielmehr müsse eine solche Bürger*innen gestützte Konferenz tatsächlich Menschen aus

allen Ecken der EU-Mitgliedstaaten, unterschiedlicher sozialer Herkunft, Professionalität, unterschiedlichen Alters und natürlich Gender balanced zusammenbringen und ihnen den Austausch mit Vertreter*innen der verschiedenen institutionellen Strukturen der EU zu europäischer Politik und zum Funktionieren der EU ermöglichen.

DIE GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT

Die 10 Jahre Sparpolitik nach der Finanzkrise von 2008/2010, die damit einhergehende zunehmende Aushöhlung und zugleich Ersetzung der Gemeinschaftsmethode mit ihrem Zwang zur Kompromissfindung zugunsten intergouvernementaler Aushandlungsprozesse haben tiefe Risse in der Integrationsrealität hinterlassen. Das Erodieren des Vertrauens in Politik und Demokratie beschleunigt sich immer mehr. Die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten oder genauer ihre Nichtbereitschaft und damit auch die der EU, politisch handhabbare und solidarische Lösungen für den Umgang mit einer wachsenden Zahl von zur Flucht gezwungener Menschen zu entwickeln und umzusetzen, tat und tut ein Übriges. Hinzu kommt, dass mit dem Klimawandel, den hochkomplexen technologischen Umbrüchen in der Industrie und Wissenschaft, mit der Digitalisierung und damit der begonnene tiefgreifende Strukturwandel unserer staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme ein grenzüberschreitendes Verständnis über die Zukunft der EU erfordert. Und damit wird die Frage aufgeworfen, wie die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten auf diese Herausforderungen zu reagieren imstande ist.

Die Konferenz wird sich diesen großen und komplexen Themenstellungen stellen müssen, wenn reale neue Lösungen gefunden werden sollen, die an die Visionen von Agniero Spinelli und Ernesto Rossi eines friedlichen, freundschaftlichen und solidarischen Zusammenlebens über die nationalen Trennlinien hinaus nicht nur einfach anknüpfen, sondern diese endlich als DNA des europäischen Integrationsmechanismus begreifen. Eine breite gesellschaftliche Debatte darüber kann damit durchaus zu einem Mechanismus werden, der helfen könnte, Themenverweigerungen und -blockaden zu Kernbereichen der europäischen Integration aufzubrechen. Auch in der Linken in Europa. Dem sollte sich niemand verweigern.

STRUKTUR UND REICHWEITE DER ZUKUNFTSKONFERENZ

Ein Blick zurück kann helfen, heutige politische und operativ-technische Aufgaben für die Gestaltung der Konferenz deutlicher werden zu lassen. Vor einem Jahr wollte der Rat im Rahmen der Konferenz lediglich über seine strategische Agenda 2019-2024, nicht aber über grundsätzliche, konstitutionelle Themen diskutieren. Die Kommission stellte sich wiederum Bürger*innengespräche im Sinne von Anhörungen und Foren zu zentralen Themen wie Klimawandel, Digitalisierung oder Fragen der Wirtschaft v.a. in einer Art intensiven „Zuhör“-Modus vor. Diese Meinungen sollten dann durch die 3 Institutionen ausgewertet werden, v.a. mit Blick auch auf unmittelbare, neu zu sortierende Praxisnotwendigkeiten institutioneller Gewichtung, unter anderem mit Kurs auf die Europawahlen 2024, wie z.B. Diskussionen zum Spitzenkandidat*innen-System und länderübergreifende Wahllisten. Die Vorstellungen des Europäischen Parlaments gingen deutlich weiter (vgl. Resolution des EP vom 15. Januar 2020). Es wollte den Bürger*innen, wenn auch durchaus mit Angeboten und Vorgaben für die Diskursrichtungen, die Möglichkeit geben, selbst Themen auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Mehrheitlich unterstrichen Abgeordnete, dass die Konferenz ohne Tabus alle jene Fragen und Probleme tagtäglicher Erfahrungen in Bezug auf deren europäische Relevanz anzusprechen und einer kritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen in der Lage sein müsse.

Eine breite Mehrheit der 705 Abgeordneten aus 27 Staaten unterstrich, dass die Konferenz zu konkreten rechtlichen bzw. EU-vertraglichen Konsequenzen im Ergebnis ihrer Debatten führen müsse; dass von vornherein ein Folgeprozess zur konsequenten Umsetzung der in der Konferenz erarbeiteten Vorschläge und

Schlussfolgerungen in Bezug auf europäische Politik vereinbart wird. Fraktionsübergreifend waren sich viele Abgeordnete einig, dass die demokratische Verfasstheit und der gesellschaftliche Zusammenhalt in der EU hinterfragt werden müssen – gerade angesichts der Erfahrung des Ausscheidens Großbritanniens aus der EU. Nicht zuletzt war der Brexit mit seinen noch für lange Zeit nicht überschaubaren Folgen für die EU-27 und das Vereinigte Königreich ein wichtiger Beweggrund für die Idee zur CoFoE. In seiner Resolution vom 15. Januar 2020 und nachfolgenden Papieren verständigte sich das Parlament auf klare Vorstellungen für die Strukturierung der Konferenz. Diese sollte aus zwei gleichberechtigten Bestandteilen, der Plenarkonferenz einerseits und nach einem Zufallsprinzip ausgewählten Bürger*innen-Foren andererseits bestehen. Diese miteinander verbundenen Ebenen bildeten das Gerüst der Unternehmung CoFoE.

Eine derartig erstmalig auf EU-Ebene praktizierte interaktive Verbindung von repräsentativer Demokratie in der Plenarkonferenz einerseits, also die Abgeordneten von Europäischem Parlament und den 27 nationalen Parlamenten, die Vertreter*innen von Kommission, den Regierungen und allen anderen in den EU-Verträgen genannten Akteuren, mit partizipativer Demokratie andererseits, also die Bürger*innen-Panels, sollte den Prozesscharakter der Konferenz ermöglichen, nachvollziehbar machen und zum Mitmachen anregende öffentliche Debatten ermöglichen. Das Europarlament setzte auf einen solchen gleichermaßen zielführenden wie ergebnisoffenen Ansatz für die Konferenz, einen transparenten und inklusiven, verantwortungsbewussten Arbeitsprozess. Erst so werde eine öffentlich nachvollziehbare, glaubhafte Grundlage für den beabsichtigten und zwingend notwendigen anschließenden Folgeprozess zur Fixierung der Ergebnisse der Konferenz in verbindlichen rechtlichen Festlegungen geschaffen.

Die Gemeinsame Erklärung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli, des Präsidenten der laufenden, portugiesischen, EU-Ratspräsidentschaft, António Costa, und der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vom 10. März 2021 zeigt, dass Zielvorstellungen bezüglich der Zukunftskonferenz angenähert werden konnten und die gemeinsamen Position bündeln: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/de-_gemeinsame_erklarung_zur_konferenz_uber_die_zukunft_europas.pdf.

Diese Vereinbarung ist damit de facto das Konferenzstatut, Leitfaden für die Durchführung der Konferenz und Referenzdokument für alle künftigen, jeweils im Konsens der drei gleichberechtigten Träger der Konferenz zu treffenden Entscheidungen.

Die Struktur und Mechanismen von CoFoE sind erarbeitet und das beschriebene Geflecht zwischen Plenarkonferenz und Bürger*innen-Panels nimmt Gestalt an. Zudem ist seit Ende April 2021 eine multilinguale und interaktive digitale Plattform als breitestmögliche Beteiligung für Menschen in allen Mitgliedstaaten online (und ohne geo-blocking auch in anderen Ländern und Regionen erreichbar, bspw. für Menschen im Vereinigten Königreich, auf dem Westbalkan oder in Ländern der europäischen Nachbarschaft).

Die Konferenz selbst besteht aus drei Elementen: Der Plenarversammlung, den Bürger*innenforen und der interaktiven mehrsprachigen Internet-Plattform. Zudem sollen - so ein Vorschlag des Exekutivausschusses – auf Ebene der Mitgliedsstaaten, der Regionen und auch auf lokaler Ebene eigenständige Bürger*innenforen eingerichtet werden, die sich über die interaktive Plattform an der Konferenz beteiligen können.

Die **Plenarversammlung** mit 450 Teilnehmer*innen setzt sich gleichberechtigt aus 108 Vertreter*innen des Europaparlaments, 54 Vertreter*innen des Rates und 3 Vertreter*innen der Europäischen Kommission sowie 108 Vertreter*innen der 27 mitgliedstaatlichen Parlamente (aus Deutschland 2 Bundestagsabgeordnete und 2 Bundesrats-Mitglieder) zusammen. Hinzu kommen noch 80 Vertreter*innen der Bürger*innen-Foren, von denen ein Drittel jünger als 25 Jahre sind, die/der Präsident*in des Europäischen Jugendforums und 27 Vertreter*innen nationaler Veranstaltungen und/oder nationaler Bürger*innenforen - also insgesamt 108 Teilnehmer*innen. Der Ausschuss der Regionen (AdR) und der Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

sind mit jeweils 18 Vertreter*innen dabei wie auch die Sozialpartner im Rahmen des Lissabon-Vertrages, also Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) und Business Europe mit 8 Vertreter*innen einerseits und die organisierte Zivilgesellschaft ebenso mit 8 Vertreter*innen andererseits. Die Plenarkonferenz wird Positionen, Ideen und konkrete Empfehlungen der Bürger*innenforen, Beiträge aus der nach Themen geordneten Debatte auf der Digitalen Plattform unter Achtung der Charta der Konferenz und der Grundprinzipien der EU mit offenem Ergebnis erörtern, ohne dass der Gegenstand auf vorab bestimmte Politikbereiche eingeschränkt wird.

Die vier vorgesehenen **Bürger*innenforen (Citizens Panels)** werden durch zufällig ausgeloste Bürger*innen zusammengesetzt sein. Dieses Losverfahren beruht auf Grundlage eines Kriterienkatalogs zur Absicherung der Unterschiedlichkeit von Nationalität, städtischer und ländlicher Herkunft, des sozio-ökonomischen und beruflichen Hintergrunds, Gender und Alter. Dieser Auswahlprozess läuft derzeit. Jeweils 200 Bürger*innen aus den 27 Mitgliedsländern, nach dem Schlüssel der degressiven Proportionalität in Anlehnung an die Zusammensetzung des Europaparlaments, kommen ab September in den 4 Foren zusammen. Hier wird strukturell Neuland betreten, um die anstehende Debatten in der Breite und Tiefe zu ermöglichen. Und zugleich zu gewährleisten, dass letztlich die Bürger*innen in den 4 Foren selbstbestimmt ihren Fahrplan, die Themenauswahl und -konzentration bestimmen können. Das wird nicht ohne Vorschläge gehen, z.B. durch Clusterbildung aus den Themenlisten der Digitalen Plattform (s.u.). Vorgesehen sind jeweils 3 Beratungsrunden von mindestens jeweils 2 Tagen, darunter 2x in Präsenz, so dass die Diskutant*innen sich auch kennenlernen und wirklich zusammenarbeiten können - in allen 24 offiziellen Amtssprachen der EU. So wie alle Beratungen der Konferenz sollen auch die Diskussionen in den Bürger*innen-Foren über Webstreaming öffentlich zugänglich gemacht werden, genauso wie die entsprechenden Unterlagen auf der bereits erwähnten Plattform.

Über die mehrsprachige **Digitale Plattform** soll eine möglichst breite Informationsstreuung über den Fortgang der Konferenz wie auch eine Beteiligung an der Konferenz ermöglicht werden. Über die Plattform können sich einzelne Bürger*innen oder auch regionale bzw. lokale Bürger*innenforen an den Debatten mit eigenen Beiträgen beteiligen und gleichzeitig Rückmeldungen von anderen Konferenzteilnehmer*innen bekommen. Eigene Veranstaltungen zu allen Themenstellungen oder Vorschläge zur Konferenz können über die Plattform geplant und bekannt gemacht und deren Ergebnisse mitgeteilt werden. Zugleich können auch EU-weit interessierte Menschen angesprochen und in die Diskussionen einbezogen werden. Digital und interaktiv, in Präsenz an den verschiedensten Orten. Die Plenarversammlung wird in der gemeinsamen Erklärung aufgefordert, diese Voten aufzunehmen und zu berücksichtigen.

SCHLÜSSELTHEMEN DER ZUKUNFTSKONFERENZ

10 Inhaltliche Themenfelder zur Strukturierung der Debatte sind gesetzt, die allerdings noch sehr allgemein, überfrachtet erscheinen und deshalb auch die Gefahr von Distanz schaffen:

- > Klimawandel und Umwelt
- > Gesundheit
- > Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- > Die EU in der Welt
- > Migration
- > Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
- > Digitaler Wandel
- > Demokratie in Europa
- > Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- > weitere Ideen

Bezüglich des Themenspektrums hat das Europäische Parlament die Notwendigkeit einer großen Bandbreite – wiederum fraktionsübergreifend – weitgehend durchsetzen können; aber die sehr allgemeine Überschriftenwahl ist wiederum Ausdruck der schwierigen Konsens-einigung der drei Träger der Konferenz.

Gesteuert wird die Konferenz durch einen **Exekutivausschuss**, dem ein Gemeinsames Sekretariat zur Seite steht. Der Exekutivausschuss ist paritätisch besetzt mit je drei Vertreter*innen aus den drei EU-Institutionen. Um alle Fraktionen des Parlaments in den Ausschuss einzubinden, gehören dem Ausschuss zudem beobachtende Mitglieder an. Damit sind für den Rat neben den drei Ratspräsidentenschaften (zurzeit Portugal, Slowenien und Frankreich) auch weitere vier Beobachter*innen von Regierungen der Mitgliedstaaten bzw. aus dem COREPER (Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten) dabei.

Weiterhin können die drei Vorsitzenden der Konferenz der Europaausschüsse aus den Parlamenten der Mitgliedsländer (kurz: COSAC) als Beobachter*innen an den Sitzungen des Exekutivausschusses teilnehmen. Und auch jeweils ein*e Vertreter*in vom Ausschuss der Regionen (AdR), des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie Vertreter*innen der Sozialpartner und weiterer EU-Institutionen können zur Teilnahme an den Sitzungen eingeladen werden.

Das gilt auch im Blick auf den Umgang mit den Ergebnissen der Konferenz. Die drei EU-Institutionen sollen nach Fertigstellung des Abschlussberichtes innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche prüfen, wie im Einklang mit den Verträgen Konsequenzen aus dem Bericht gezogen werden können.

VERTRAUEN IN POLITIK DER EU ZURÜCKGEWINNEN

Bei aller Skepsis über Wahrscheinlichkeit und Möglichkeiten der CoFoE, verbindliche Schlussfolgerungen für einen Folgeprozess vorzulegen, sollte gerade die Linke in Europa dieses Zeitfenster nutzen, eigene Vorstellungen und Haltungen in Bezug auf das soziale und demokratische Europa zu hinterfragen: was wollen wir als europäische Linke in europapolitischer Hinsicht. Bereits jetzt zeichnet sich in vielen Veranstaltungen im Parlament, in Bürger*innen-Versammlungen oder in kleinen Workshops auf nationaler, regionaler aber auch paneuropäischer Ebene über das Wie der Konferenz (und noch bei weitem nicht des Was) ab, dass es sehr verschiedenartige und divergierende Sichten auf die Herausforderungen eines Miteinander bei der Krisenbewältigung gibt. Es gilt argumentativ in die thematischen Debatten einzusteigen, Vorschläge, Argumentationen und Antworten, grundsätzliche und sehr spezifische, offene oder sich neu stellende Fragen in und v.a. nach der Pandemie zu erarbeiten. Wie kann und sollte ein gemeinschaftlicher und solidarischer Wiederaufbauprozess aussehen, wie muss die Multi-Governance-Struktur der EU verändert, neu ausgewuchtet oder gänzlich anders gestaltet werden, wie sind die Verantwortungs- und Entscheidungskompetenzen für eine Europäische Gesundheitsunion zu definieren – und was heißt diese, wenn Gesundheit als öffentliches Gut nicht anerkannt ist. Eine Zukunftskonferenz muss vor allem die Stärkung demokratischer Teilhabe der Menschen befördern und Vertrauen in Politik der EU zurückgewinnen.

Gemessen am Maßstab eines solidarischen gemeinschaftlichen Zusammenlebens in der EU, das bislang der neoliberalen Logik des Binnenmarktes und einer Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Interessen der Mitgliedstaaten untergeordnet bleibt, lässt sich leicht die Dimension der zu bewältigenden Arbeit erahnen. Die mehr als dreieinhalb Jahre dauernden Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027 verweisen fast symbolisch auf einen zentralen Punkt dieser Zukunftsdebatte: wie kann und soll das Verhältnis von Europäischem/Internationalen und Nationalem neu bestimmt werden. Für und durch jede*n Einzelne*n. Nur ein Beispiel dafür: Das direkt gewählte Europäische Parlament forderte angesichts der Aufgabenfülle eine deutliche Aufstockung des EU-Haushalts sowie einen Transformationsfonds zur Bewältigung der durch die Corona-Krise verursachten gewaltigen Lasten für alle 27 Mitgliedstaaten, deren Quellen Eigen-

mittel für die EU aus europäischen Steuern, wie eine Digitalsteuer, eine Finanztransaktionsteuer u.a. werden sollen. Das fehlende entsprechende gesetzgebende Initiativrecht des Parlaments für eine solche gemeinschaftliche Lösung und die nationalstaatlich-populistische Verweigerungshaltung der Hauptstädte der EU-27 zeigen gleichermaßen die Blockade aber auch einen Ausweg auf: Verlagerung der Entscheidungskompetenzen. Zwei Jahrzehnte nach der letzten europapolitischen Diskussion auf unserem Kontinent sind endlich wieder Entscheidungsalternativen in den Mittelpunkt der Diskussionen zu rücken. Dazu gehört zweifellos das Wiederaufrufen der in den letzten Jahren so nicht mehr formulierten Grundprämissen europäischer Integration: bleibt der rigide Wettbewerb auf dem EU-Binnenmarkt quasi allein bestimmendes Kernstück der Wirtschafts- und Währungsunion und reicht das angesichts der globalen Herausforderungen von Technologiewandel und Digitalisierung, von einem notwendigen sozial-ökologischen Umbau der gesellschaftlichen Wertschöpfung und der Umverteilung in einer Sozial- und Umweltunion? Zum Beispiel des Überdenkens der Funktionalität einer Steuerpolitik in der EU, die jedoch von einem Staatenverbund vereinbart werden müsste und deren Zielrichtung also bestimmt werden muss, oder z.B. die Frage nach der EU-weit rechtlich verbindlichen und garantierten Umsetzung von rechtsstaatlichen, demokratischen Prinzipien und Grundnormen zur Ermöglichung einer breitestmöglichen Beteiligungen vieler Menschen an der politischen und sozialen Verankerung der EU in den demokratischen Fundamenten unserer Länder. Klingt utopisch und weit entfernt von den Alltagsproblemen der Menschen - sollte aber die Klammer für die Verbindung der Konferenzdiskussionen mit den zweifellos anstehenden notwendigen Grundüberlegungen künftiger Entwicklung der heutigen, real existierenden EU mit all ihren Konflikten und Bruchstellen, ihren Doppelstandards und Zweckkompromissen, aber auch ihren Bereicherungen, Zwängen und Schüben für Entwicklung durch das Zusammenführen von sehr verschiedenartigen historischen und kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen, Sichten und Interessen in ein gemeinsames Integrationsprojekt sein.

Die Zukunftskonferenz wird sich ehrlich der Frage nach dem „Mehrwert“, dem „added value“ von Integration, von Solidarität, von Werten und Interessenskollisionen stellen müssen. Gerade die Linke sollte sich klar vor Augen führen, dass dabei unterschiedlichste Lebensentwürfe aufeinanderprallen werden, sowie gegensätzliche europapolitische Interessenlagen politischer Parteien mit ihren Gesellschaftsentwürfen und Orientierungen von Bewegungen. Eine Konferenz über die Zukunft Europas macht zugleich nur Sinn, wenn auch EU-Skeptiker*innen und EU-Gegner*innen mit ihren Einwänden in die Debatte einbezogen werden und zu Wort kommen können (dazu auch: <https://europa.blog/beginnt-am-9-mai-2021-ein-europaischer-fruhling>). Das erfordert diesen Diskurs zugleich produktiv wie offen zu halten und zu operationalisieren. Klar bleibt: gesellschaftliche Kräfte können und sollten über eigene Veranstaltungen und Debatten Impulse in den Konferenzprozess einbringen. Und genau das erwarten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen unter dem Dach des Konvents der Zivilgesellschaft (Civil Society Convention, Democracy-international ebenso wie von Umwelt-, Frauen- und Demokratie-Netzwerken auf EU- und mitgliedstaatlicher Ebene). Und im gleichen Maße wird die transparente Widerspiegelung der Debatte in den Konferenzstrukturen und die Einrichtung eines verbindlichen „Feed back“ Mechanismus zur Absicherung einer wirklich offenen Debatte erwartet. Vorgesehen seitens einer Reihe von Mitgliedstaaten sind eigenständige Bürger*innen-Panels und Dialoge auf nationaler Ebene, deren Ergebnisse wiederum in den Arbeitsprozess der Konferenz zurückgespiegelt werden sollen.

DIE ZUKUNFTSKONFERENZ ALS DEMOKRATISCHES EXPERIMENT

Die Zukunftskonferenz ist überfällig – darin sind sich viele Akteure einig. Fast zwanzig Jahre nach der letzten großen grundsätzlichen Debatte zu EU mit dem damaligen Konvent und der Arbeit an einem Verfassungsvertrag für die EU und einer Grundrechtecharta für alle in der EU lebenden Menschen. Dieser Vertragsentwurf scheiterte an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden und viele radikal-linke Parteien in EU-Mitgliedsländern lehnten ihn ebenfalls – zu Recht – hinsichtlich der vorgenommenen Festschreibung einer nicht eingeebneten „freien“ Marktwirtschaft und neoliberaler Grundausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie ihrer Kritik an den Orientierungen einer Gemeinsamen Außen- und v.a EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. Heute stehen die Gesellschaften in allen EU-Mitgliedstaaten und die EU insgesamt als Staatenverbund und „suis generis“ Konstruktion angesichts der Komplexität der Krisenprozesse und systemischen Grenzen des aktuellen kapitalistischen Akkumulationstyps vor grundlegenden Fragestellungen des „Wie weiter?“ Klimakrise, der Kampf gegen den weiteren Verlust von Artenvielfalt, und die Notwendigkeit innerhalb von 10-15 Jahren einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft mit den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Alltag jedes Menschen zu vollziehen, wirft die Frage nach politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf und macht deutlich, dass es die konkreten Wechselwirkungen zwischen Ökonomie, Ökologie, Sozialstaat, internationale Beziehungen, Kultur und demokratischem Gefüge sind, von denen aus nicht nur alternative Politik, sondern auch die umfassende und radikale Neugewichtung des Verhältnisses zwischen nationalen und internationalen, zwischen regionalen und EU-weiten Strukturen abhängen und vorgenommen werden müssen.

Die Fraktion THE LEFT im EP wird sich mit ihren 6 Mitgliedern in der Delegation des EP für die Plenarkonferenz der CoFoE konstruktiv und kritisch, historisch konkret und zukunfts offen in die Arbeit einbringen. Gerade weil ein Erfolg der Konferenz von der aktiven Teilnahme möglichst vieler abhängt, spielt Kommunikation über und mit der Konferenz eine wichtige Rolle, auch von der Fähigkeit ihrer Verlängerung in die Gesellschaft und in die Parteien hinein. Es wird deren Aufgabe sein sich zu Wort zu melden, Fragestellungen offen zu halten sowie Vorschläge und Überlegungen - aus allen EU-Institutionen – anzuregen und aufzugreifen, einschließlich der partizipativen „Einmischung“ von Menschen aller gesellschaftlichen Bereiche. Ja, alles ist auf den Prüfstand zu stellen! Vor allem, warum auf die brennenden Fragen eines sozialen, ökologischen und zukunftsfähigen Europa so oft kaum noch gemeinschaftliche Antworten gegeben werden, sondern immer nur der kleinste gemeinsame Kompromiss-Nenner als Lösung herhalten muss. Hier gelte es anzusetzen. Die Konferenz kann ein wichtiger Raum der Debatte und gemeinsamer Verständigung sein, um das wahrhaft solidarische Europa auf den Weg zu bringen.

Die EU-Zukunftskonferenz ist auch ein neues demokratisches Experiment. Wie es ausgeht und welchen Erfolg dieses Experiment haben wird, ist offen. Entscheidend wird am Ende sein, wie sich Menschen in der EU-27 beteiligen, wirklich partizipativ Stellung beziehen und damit Veränderungen des Status quo einfordern und auch ein Votum der Konferenz für Reformen der Europäischen Union abgeben. Also auch hinter die Kulissen schauen. Denn davon wird die Bereitschaft des Rates abhängen, sich auf Reformen einzulassen, die – wenn sie diesen Namen verdienen sollen – die Rolle des Rates schwächen und die des Parlaments und der partizipativen Demokratie stärken müssen, also der direkten Bürger*innenbeteiligung. Es geht um Verschiebung von Machtkonstellationen, um das Gewinnen von Einsichten und neue Mehrheiten. Das wird ein schwieriger und langwieriger Prozess – aber herausfordernd und lohnenswert!

HELMUT SCHOLZ

MdEP, Koordinator für die Fraktion im Ausschuss für Konstitutionelle Angelegenheiten (AFCO) Beobachter im Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft der EU (#CoFoE) für die Fraktion THE LEFT im EP.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, BÜRO BRÜSSEL

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke“ nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems. In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten. Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel
Rue Saint-Ghislain 62, 1000 Brüssel, Belgien – www.rosalux.eu
V.i.S.d.P., Büroleiter Andreas Thomsen, Juli 2021

Gestaltung HDMH sprl
Foto Flickr / CC-BY-4.0: © European Union 2021– Source: EP